



**Tätigkeitsbericht des Abgeordneten
Thomas Birk, MdA,
Sprecher für Verwaltungsreform und
Lesben- und Schwulenpolitik
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Berliner Abgeordnetenhaus
für den Zeitraum von
Oktober 2006 bis Dezember 2009**

Thomas Birk, MdA
Sprecher für Verwaltungsreform und Lesbian- und Schwulenpolitik
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchner Straße 5
10115 Berlin
T. 030/2325 2412
thomas.birk@gruene-fraktion-berlin.de
www.thomasbirk.de

I. Verwaltungsreform/IT

In der Verwaltung hat sich längst rumgesprochen, dass bei Bündnis 90/Die Grünen in Sachen Verwaltungsreform und IT eine hohe Fachkompetenz vorhanden ist. Im Ausschuss für Verwaltungsreform und Kommunikations- und Informationstechnik habe ich als treibende Kraft vielen Reformprojekten des Senats einen zusätzlichen Schub gegeben. Dabei erkenne ich durchaus an, dass es im Rahmen von ServiceStadt-Berlin und unter der Federführung der Innenverwaltung einige Fortschritte hin zu einer modernen Verwaltung vor allem im Bereich der Bürgerdienste gibt. Ich verweise aber auch beständig auf bleibende Defizite vor allem bei der Umsetzung des Neuen Steuerungsmodells und der dezentralen Fach- und Ressourcen-Verantwortung.

Im Moment versuche ich gemeinsam mit Jasenka Villbrandt per Antrag, die Verwaltung dazu zu bewegen, dass der „berlinpass“ (früher Sozialpass) nicht mehr in den Bürgerämtern ausgegeben wird, sondern direkt von der Behörde, die die Berechtigung feststellt, ob für Arbeitslosengeld II, Grundsicherung oder Sozialhilfe. Die zuständigen Behörden sollen dann einfach den „berlinpass“ ausgeben, wenn die KundInnen im Amt sind oder ohne Antragsstellung automatisch zuschicken. Auf jeden Fall soll den Bedarfberechtigten ein Extrabehördengang erspart bleiben.

Antragspaket für das politische Bezirksamt und die Stärkung der bezirklichen Demokratie
Zusammen mit Benedikt Lux, dem KoPoFo unterstützt von der fachlich versierten Zuarbeit von Peter Ottenberg haben wir ein Antragspaket (u. a. ein sehr konkretes [Artikelgesetz](#)) zu einer umfassenden Bezirksreform im Zuge der Forderung nach dem politischen Bezirksamt entwickelt und vor der Sommerpause 2009 eingebracht. Kernpunkte sind neben dem politischen Bezirksamt die Stärkung der BVV durch ein Entscheidungsrecht bei allen bezirklichen Aufgaben, damit gleichzeitig die Verbindlichkeit von Bürgerentscheiden, die Umwandlung des Rats der Bürgermeister in einen Rat der Bezirksämter mit gestärktem Vetorecht gegen Senatsvorlagen zu Rechtsvorschriften, Einschränkung der Eingriffsrechte bei der Bauleitplanung und die gesetzliche Festschreibung der bezirklichen Aufgaben. Unser Antrag entspricht fast eins zu eins unserem Wahlprogramm und stellt unter Beweis, dass wir die einzige Partei sind, die als Ganzes Wort hält, wenn es darum geht, die Bezirke zu stärken.

Zwar hat Rot-rot das politische Bezirksamt inzwischen abgelehnt und das Proporz-Bezirksamt in der Verfassung von Berlin festgeschrieben, aber die anderen Punkte unseres Pakets bleiben im parlamentarischen Verfahren, weil die Koalition noch einmal prüfen will, ob und was sie davon übernimmt.

IT-Strategie und Open Source

Mein Schwerpunktthema war und ist die Entwicklung und Umsetzung einer umfassenden IT-Strategie für die Berliner Verwaltung auf der Basis von Open Source Software. Damit soll die Verwaltung strategisch unabhängiger werden von den großen Anbietern wie Microsoft und Co. Die rot-rote Koalition hat dieses von ihr ursprünglich selbst gesteckte Ziel wegen des Widerstands des Senats aufgegeben. Um so mehr konnte ich durch zahlreiche Kleine Anfragen, mehrere konzeptionelle Anträge (z. B. [„Berliner Verwaltung auf Open-Source-Software umstellen“](#) (Drs. 16/0861)) und durch eine Anhörung unsere grüne Open-Source-Strategie proklamieren, die in der Fachwelt nur Zuspruch erhielt. Auch die regionalen Softwareunternehmen haben unseren Kurs begrüßt und kritisieren den Senat beständig. Durch Besuche bei den Verwaltungen von München und Wien habe ich den Kontakt zu Linuxnetzwerkern im öffentlichen Dienst hergestellt, den die Berliner Verwaltung leider sträflich vernachlässigt.

IT-Haushalt

Wir haben in allen Haushaltsberatungen und im Rahmen der Haushaltswirtschaft immer wieder auf eine Systematisierung des IT-Haushalts gedrungen. Dabei beklagen wir die zunehmende Abhängigkeit vom IT-Dienstleistungszentrum. Ich kämpfe für mehr Transparenz bei den IT-Ausgaben, ob durch Budgetierung des verfahrensunabhängigen Arbeitsplatzes oder bessere Planung bei Großprojekten. Ich habe wiederholt die nachweislich zu hohen Haushaltsansätze für IT in der Hauptverwaltung kritisiert. Wäre die Koalition unseren Anträgen gefolgt, stünden 15 Mio. Euro mehr für vernünftige politische Ziele bereit, die erfahrungsgemäß im IT-Bereich nicht abgerufen werden. Außerdem wird durch meine Anregung daran gearbeitet, dass eine erfolgreiche Einsparung von Energie durch Green-IT auch den Verwaltungen zugute kommen soll.

Standardisierte Verwaltungsverfahren

Nachdem ich bereits in der 15. Wahlperiode durch Anträge onlinegestützte, standardisierte Verwaltungsverfahren gefordert habe, ist nun, drei Jahre später, ein entsprechender Beschluss auf Antrag von Rot-rot gefasst worden.

Beschluss gegen Mobbing

Das Gesundheitsmanagement in der Berliner Verwaltung wurde durch meine Initiative um einen wesentlichen Teil ergänzt. Der Antrag [„Partnerschaftlichen Umgang fördern – Mobbing in der Verwaltung bekämpfen“](#) (Drs. 16/0084) wurde in einer von Rot-rot veränderter Fassung einstimmig angenommen. Das Thema Mobbing in der Verwaltung wurde damit in die öffentliche Wahrnehmung gerückt. Durch vier Berichte wurde das Parlament seither über Maßnahmen gegen Mobbing auf dem Laufenden gehalten.

II. Lesben- und Schwulenpolitik

In der Lesben- und Schwulenpolitik kann ich eine durchweg positive Bilanz meiner und der gemeinsam mit KollegInnen eingebrachten Initiativen verzeichnen.

Antrag und Beschluss zu „Berliner Aktionsplan gegen Homophobie“

Anja Kofbinger und ich hatten das Thema „Gewalt gegen Lesben und Schwule“ schon bearbeitet, bevor es 2008 so eine Medienaufmerksamkeit bekam. Nach einem lesben- und schwulenpolitischen Ratschlag der Fraktion zum Thema hatten wir im Oktober 2007 in einer ausführlichen Kleinen Anfrage (Drs 16/11299) den Senat zum Ausmaß der Gewalt und Gegenmaßnahmen befragt. Es folgten eine Reihe von brutalen Übergriffen auf Transgender, Lesben und Schwule, die mehrfach mit spontanen Protesten der Szene beantwortet wurden. Nach dem ersten von drei Anschlägen auf das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen forderte der LSVD einen nationalen Aktionsplan gegen Homophobie. Daraufhin formulierte ich auf Basis eines Forderungskatalog von QueerGrün einen konzeptionellen Antrag für einen [„Berliner Aktionsplan gegen Homophobie“](#) (Drs 16/1966) zur Plenarsitzung am 11. 12. 2008. Wir forderten u. a. mehr zielgruppengerechte Aufklärung in Kitas, Schulen und Jugendfreizeit, die Unterstützung von präventiven Projekten, schnellere Verfahren, Verbesserung der Statistik durch regelmäßige Umfragen (auch zu Lesben und Transgender) und Datenerhebungen sowie mehr Fortbildung der Polizei. Am 12. 1. gab es dazu eine dreistündige Anhörung im Innenausschuss. Sicher auch aufgrund des enormen Presseechos zu dem Thema sah sich die Koalition genötigt, einen umfangreichen Änderungsantrag „Initiative ‚Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt‘“ einzubringen. Dieser 24-Punkte-Plan mit 12 Berichtsaufträgen wurde am 2. 4. 2009 einstimmig verabschiedet (die CDU war wegen eines anderen TOPs aus Protest aus dem Plenum ausgezogen, sonst hätte sie, wie angekündigt, auch zugestimmt). Dies werten wir als großen Erfolg für unsere Initiative! Der Beschluss enthält ressortübergreifend einen Quantensprung für die gesamte queere Themenpalette, insbesondere im Bildungsbereich.

Für die Bezirksfraktionen haben Anja Kofbinger und ich unter der Zuarbeit meines Mitarbeiters Oliver Jütting einen Baukasten entwickelt, um entsprechende bezirkliche Aktionspläne gegen Homophobie zu beantragen.

Der Senat hat auf Grundlage des Beschlusses in fünf Arbeitsgruppen jeweils bestehend aus VertreterInnen der Freien Träger und des Senats ein Maßnahmenpaket im Umfang von 2,3 Mio. Euro zusammengestellt, das in den nächsten Jahren umgesetzt werden soll. Mit dem Haushalt 2010/2011 wurden 2,1 Mio. Euro davon beschlossen. Darüber hinaus wurden im Haushaltsentwurf 2010/2011 die Ansätze für Zuweisung an die Freien Träger der queeren Szene um jährlich 200.000 Euro ab auf 750.000 Euro erhöht und das Schwule Museum soll aus dem Kulturerat erstmals 250.000 Euro jährlich erhalten und das schwule Anti-Gewaltprojekt maneo erhält für zwei Jahre zusammen 400.000 Euro über die Lottostiftung für eine zusätzliche Kampagne. Diese riesigen Erfolge führe ich letztlich auf den Antrag gegen Homophobie zurück.

Antrag für Bundesratsinitiative zur Ergänzung des Art 3 GG um sexuelle Identität

Zur Unterstützung der LSVD-Bundeskampagne hatten wir bereits im Mai 2007 einen Antrag [„Verbot von Diskriminierung aufgrund sexueller Identität ins Grundgesetz“](#) (Drs. 16/0509) für eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung des Artikels 3 Abs 3 GG um das Merkmal „sexuelle Identität“ gestellt, aber nicht aufgerufen, weil sich keine Mehrheit dafür abzeichnete. Die SPD-Fraktion hatte ihn in einer internen Abstimmung bereits abgelehnt. Das war peinlich für Wowe-reit, der so auf dem Bundesverbandstag des LSVD 2008 keine Unterstützung für die Artikel-3-Kampagne zusagen konnte. Da der CSD Berlin 2009, wie fast alle anderen CSDs bundesweit, das Thema „Ergänzung Art. 3 GG“ zum Leitthema gemacht hat, haben wir in einem Brief an die SPD-Fraktion bereits im März appelliert, ob sie ihre Meinung nicht ändern könne, notfalls mit einem gemeinsamen Antrag. Schließlich wurde daraus ein rot-rot-grüner Antrag für eine Bundesratsinitiative, der gerade noch rechtzeitig vor dem CSD ins Abgeordnetenhaus eingebracht und mit Sofortabstimmung beschlossen werden konnte. Entsprechende Initiativen wurden inzwischen auch von schwarzgrün in Hamburg und rotgrün in Bremen gestartet. Die Bundesratsinitiative wurde von den Stadtstaaten gemeinsam eingebracht und dort abgelehnt. Allerdings stimmte immerhin das Saarland mit der neuen schwarz-gelb-grünen Mehrheit dafür, so dass sich dank des grünen Einflusses ein Sinneswandel auch bei CDU und FDP abzeichnet.

Gleichstellung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften im Landesrecht

Berlin ist bisher das einzige Bundesland, dass die Gleichstellung von verpartnerten Landes-beamtInnen im Besoldungs- und Versorgungsrecht rückwirkend zum 3. 12. 2003 eingeführt hat. Den Änderungsantrag zur Rückwirkung hatte ich zu den entsprechenden Initiativen von Rot-rot gestellt. Das Datum ergibt sich aus der Umsetzungsfrist der Mitgliedsstaaten zur EG-Gleich-behandlungsrichtlinie. In der praktischen Umsetzung habe ich dafür gesorgt, dass eine von der Verwaltung geltend gemachte Verjährungsfrist für verpartnerte Paare zurückgenommen wurde. Nun war noch die Gleichstellung durch die Versorgungswerke der Kammerberufe offen. Dazu brachte ich im April 2008 zwei Gesetzänderungen zum Berliner Kammergesetz und zum Berliner Architekten- und Baukammergesetz ein. Ersteres ist bereits als Senatsgesetzentwurf im parlamentarischen Verfahren, letzteres wurde am 25. Juni 2009 nach einer Senatsvorlage im Parlament beschlossen. Damit führten auch diese grünen Initiativen zum Erfolg.

Veranstaltungsreihe „Rap´n Respect“

Im Sommer 2007 initiierte ich eine bundesweite Debatte um den Auftritt von Bushido bei einem Bravokonzert gegen Gewalt an Schulen am Brandenburger Tor. Ich hielt und halte Bushido aufgrund seiner homophoben Texte nicht für geeignet, als Botschafter gegen Gewalt aufzutreten. Als konstruktiven Beitrag zu der entfachten Diskussion um Homophobie im HipHop hat die Fraktion in einer Teamarbeit zwischen Özcan Mutlu, Clara Herrmann, Bilkay Öney und mir, sowie den MitarbeiterInnen Uschi Schenk-Mekonen, Oliver Jütting und vielen Freien Trägern im

Februar 2008 eine Veranstaltungsreihe zum Thema Jugendkultur und präventive Jugendgewaltarbeit am Beispiel HipHop durchgeführt. Eine Podiumsdiskussion, ein Open-Space-Workshop und ein großes Abschlusskonzert als HipHop Jam mit Talks unter dem Motto „Rap'n Respect“ waren ein Riesenerfolg und führten zu neuen Kontakten zwischen Grünen und der Jugendkultur-szene.

Antrag und Beschluss zu sexueller Gesundheit

Zum Weltaidstag 2007 hat die Fraktion meinen konzeptionellen Antrag [„Berlin braucht ein Gesamtkonzept für sexuelle Gesundheit“](#) (Drs 16/1016) ins Abgeordnetenhaus eingebracht und zusammen mit Heidi Kosche der Presse vorgestellt. Dieses Konzept sollte insbesondere Aussagen zur Prävention für die Zielgruppen Männer, die Sex mit Männern haben (MSM), MigrantInnen und SchülerInnen enthalten und zur Integration von Menschen mit HIV und Aids in den Arbeitsmarkt beitragen. Die darauffolgenden Monate nutzte ich, um bei den anderen Oppositionsfraktionen und bei der SPD-Fraktion eine Lobby für das Thema aufzubauen. Am 17. 11. fand im Gesundheitsausschuss auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP eine Anhörung zum Thema „HIV/Aids/Sexuell übertragbare Krankheiten“ statt.

Die rot-rote Koalition legte zum Weltaidstag am 1. 12. 2008 einen eigenen Antrag vor. Demnach wird der Senat aufgefordert, einen Bericht über die Weiterentwicklung der HIV-/AIDS-Präventionsstrategie vorzulegen und ein Rahmenkonzept für die HIV-/AIDS-Prävention zu erarbeiten. Die Koalition übernahm zwei wesentliche grüne Änderungsanträge: Alle Schülerinnen und Schüler sollen jeweils mindestens einmal in allen Grund- und weiterführenden Schulen über sexuell übertragbaren Krankheiten informiert werden und HIV- und Syphilis-Schnelltests mit ausführlicher Beratung sollen niedrigschwellig, zielgruppen- und bedarfsgerecht angeboten werden. Die so veränderte Beschlussempfehlung wurde am 11. 12. 2008 im Parlament verabschiedet. Ein Jahr heftiger Überzeugungsarbeit hat damit zwischenzeitlich einen guten Abschluss gefunden. Leider wurde die Umsetzung des Parlamentsbeschlusses um mindestens ein Jahr verschleppt und soll frühestens zum Sommer 2010 erfolgen. Es wird also auch zukünftig darum gehen, für Fortschritte in der Praxis, vor allem in der Prävention, zu kämpfen.

Sicherung der HIV-Schwerpunktpraxen

Alle drei Oppositionsfraktionen (Grüne, FDP, CDU) haben durch einen gemeinsamen Antrag [„Gute Behandlungsstandards in Berliner HIV-Schwerpunktpraxen sicherstellen!“](#) (Drs 16/1466) vom 21.5.2008 den Senat aufgefordert, sich dafür einzusetzen, das Versorgungsnetzwerk der HIV-Schwerpunktpraxen zu sichern. Dieser Antrag wurde von der Koalition in leicht veränderter Form übernommen und am 25.9.2008 einstimmig vom Parlament angenommen. Die Gespräche zwischen der so gestärkten Gesundheitssenatorin mit der Kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen in Berlin und im Bund führten zu einem guten Teilerfolg, die HIV-Hausarztpraxen erhalten für die Behandlung von HIV-PatientInnen weiterhin eine höhere Kostenerstattung, nur die wenigen FachärztInnen in diesem Bereich waren mit dem Kompromiss nicht zufrieden.

Regenbogenempfang

Anja Kofbinger und ich haben 2009 nun schon zum dritten Regenbogenempfang der Fraktion eingeladen und damit neben dem lesben- und schwulenpolitischen Ratschlag und vielen Projektbesuchen die Kontakte zur queeren Szene weiter verfestigt.

Rainbow-Award 2008

Auf dem lesbisch-schwulen Stadtfest 2008 wurde mir der Rainbow-Award des Regenbogenfonds der schwulen Wirte für die Verdienste für die schwul-lesbische Community verliehen. Diesen Preis sehe ich als Anerkennung der gemeinsamen Arbeit von Anja Kofbinger und mir, unterstützt durch die Fraktion und die Landesarbeitsgemeinschaft QueerGrün.

III. Kultur

Als drittes Mitglied im Kulturausschuss spiele ich natürlich nur eine untergeordnete Rolle in Sachen Kulturpolitik in der Fraktion, konnte aber an konkreten Baustellen doch ein paar Dinge beeinflussen.

Atelierhaus Wiesenstraße

Die Künstlergemeinschaft Atelierhaus Wiesenstraße 29 kämpfte fast drei Jahre für den Erwerb des Hauses auf dem ehemaligen Rotaprintgelände im Wedding. Es war mir gelungen, 2007 einen Beschluss des Petitionsausschusses herbeizuführen, der über ein neues Verkehrswertgutachten den Erwerb durch die Veräußerung durch den Liegenschaftsfonds an die KünstlerInnen sichern sollte. Doch der Geschäftsführer des Liegenschaftsfonds setzte zusammen mit Ex-Staatssekretär Teichert viel in Bewegung, diesen Verkauf zu fairen Bedingungen zu hintertreiben und gaben stattdessen die Liegenschaft in ein offenes Bieterverfahren. Nur durch stetigen Druck und unzählige Gespräche, Öffentlichkeit (ich organisierte ein „Green Goes“ der Fraktion zum Atelierhaus) und informelle Verhandlungsschritte konnte am 6. Mai der kafkaeske Albtraum für die KünstlerInnen beendet werden, als der Kaufvertrag doch endlich unterschrieben wurde.

Sonderausschuss Restitution des Kirchnergemäldes

Fast ein Jahr lang tagte 2007/2008 der Sonderausschuss, der die Umstände um die Restitution des Kirchnergemäldes „Berliner Straßenszene“ aufklären sollte und Grundsätze zum zukünftigen Umgang mit dem Thema Restitution jüdischen Kulturguts thematisieren sollte. Ich war beratendes Mitglied im Ausschuss. Ich habe versucht, in möglichst fairer Weise die Fehler der Verwaltung bei der Bearbeitung des Ersuchens zur Restitution mit aufzuarbeiten, was dem Ausschuss letztlich nicht möglich war, weil die Hauptverantwortlichen wegen staatsanwaltlicher Ermittlungen, die zufällig genauso lange andauerten, wie der Ausschuss bestand, nicht zur Aussage bereit waren. Letztlich bin ich aber zu dem Schluss gekommen, dass eine Restitution sicher rechtens war, aber die Spielräume zu Verhandlungen mit der Erbin, das Bild doch in Berlin zu halten, nicht genutzt wurden.

Erst mit dem Haushalt 2010/2011 kommt die rot-rote Koalition unserer Forderung nach, Mittel für zusätzliche Provenienzforschung zur Verfügung zu stellen, allerdings mit jährlich 300.000 Euro in zu geringem Umfang. Auch die lächerlich geringe Summe von einer Mio. Euro, die der Bund dafür bereit gestellt hat, wird der Verpflichtung aus der Washingtoner Erklärung von 1998, wonach Kultureinrichtungen in der Bringschuld stehen, nach geraubten Kulturgut in ihren Beständen zu suchen, in keiner Weise gerecht.

Musikschulbereit

Im Musikschulbeirat wurde mein Vorschlag, eine Fachkommission zur Zukunft der Berliner Musikschulen einzurichten, einhellig unterstützt. Eine Fachkommission, die auch mit externem Fachverstand besetzt werden sollte, wurde aber vom Senat abgelehnt. Stattdessen wurde lediglich eine Arbeitsgruppe, die nur aus BezirksvertreterInnen besteht, kurzfristig beauftragt, eine Lösung zur gerechten Finanzierung von Volkshochschulen und Musikschulen zu finden. Immerhin hat diese Arbeitsgruppe einen Kompromiss erarbeitet, mit dem alle Fachleute leben können. Jetzt geht es darum, die Umsetzung zu unterstützen.

IV. Aktivitäten im Wahlkreis

Kiezinitiative im Motzstraßenkiez

Wegen der zunehmenden Gewaltvorfälle nicht nur gegen Lesben und Schwule und der Unzufriedenheit unter den AnwohnerInnen im Motzstraßenkiez habe ich zusammen mit der BVV-Fraktion eine Einwohnerversammlung angeregt, die Ende Oktober von BzBm Band eingeladen wurde und gut besucht war. Dort habe ich angeboten, eine Kiezinitiative zu gründen. Die Vorbereitungen dazu laufen.

Zugang zum Gleisdreieck über die Bautzener Straße

Seit drei Jahren unterstütze ich die Anwohnerinitiative an der Bautzener Straße, die für eine Durchwegung und Begrünung parallel zur Bautzener Straße hin zum neuen Park am Gleisdreieck kämpft. Ziel dabei ist ein „Gebrüder-Grimm-Park“. Dazu habe ich zahlreiche Gespräche zur Strategie und Planung mit den politisch Verantwortlichen geführt.

Erhalt des Puppentheaters Hans-Wurst-Nachfahren

Infolge des Juryvotums für die Freie Theaterszene drohte den Hans-Wurst-Nachfahren eine finanzielle Kürzung, die das Theater ernsthaft bedroht hätte. Auch durch mein mehrmaliges Nachfragen in der aktuellen Fragestunde des Kulturausschusses und nach dem vielfachen Protest der verschiedenen Gremien setzte sich der Senat über das Votum der Jury hinweg und nahm keine Kürzung vor.

Anträge

Ausgabe des „berlinpasses“ vereinfachen!

Antrag vom 06.10.2009 Grüne [Drucksache 16/2684](#)

Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller Identität ins Grundgesetz!

Antrag vom 22.06.2009 SPD, Die Linke, Grüne [Drucksache 16/2518](#)

Zehntes Gesetz zur Änderung der Verfassung von Berlin

Antrag (Gesetzentwurf) vom 16.06.2009 Grüne [Drucksache 16/2496](#)

Gesetz zur Stärkung der bezirklichen Demokratie und Selbstverwaltung (Selbstverwaltungsstärkungsgesetz)

Antrag (Gesetzentwurf) vom 16.06.2009 Grüne [Drucksache 16/2497](#)

Starke Bezirke für Berlin (I):

Bezirkliche Aufgaben gesetzlich festschreiben

Antrag vom 16.06.2009 Grüne [Drucksache 16/2498](#)

Starke Bezirke für Berlin (II):

Status der Bezirksamtsmitglieder ändern

Antrag vom 16.06.2009 Grüne [Drucksache 16/2499](#)

Berliner Aktionsplan gegen Homophobie

Antrag vom 20.11.2008 Grüne [Drucksache 16/1966](#)

Gute Behandlungsstandards in Berliner HIV-Schwerpunktpraxen sicherstellen!

Antrag vom 20.05.2008 CDU, Grüne, FDP [Drucksache 16/1466](#)

Elftes Gesetz zur Änderung des Berliner Kammergesetzes

Antrag (Gesetzentwurf) vom 29.04.2008 Grüne [Drucksache 16/1420](#)

Erstes Gesetz zur Änderung des Berliner Architekten- und Baukammergesetzes

Antrag (Gesetzentwurf) vom 29.04.2008 Grüne [Drucksache 16/1421](#)

Rechtsverordnungen prüfen und abbauen

Antrag vom 27.11.2007 Grüne [Drucksache 16/1046](#)

Berlin braucht ein Gesamtkonzept für sexuelle Gesundheit

Antrag vom 06.11.2007 Grüne [Drucksache 16/1016](#)

Chief Information Officer schaffen

Antrag vom 25.09.2007 Grüne [Drucksache 16/0863](#)

IT-Programme in der Berliner Hauptverwaltung harmonisieren

Antrag vom 25.09.2007 Grüne [Drucksache 16/0862](#)

Berliner Verwaltung auf Open-Source-Software umstellen

Antrag vom 25.09.2007 Grüne [Drucksache 16/0861](#)

Verbot von Diskriminierung aufgrund sexueller Identität ins Grundgesetz

Antrag vom 03.05.2007 Grüne [Drucksache 16/0509](#)

Partnerschaftlichen Umgang fördern - Mobbing in der Verwaltung bekämpfen

Antrag vom 28.11.2006 Grüne [Drucksache 16/0084](#)

Kleine Anfragen

Was wurde aus der Studie zu Internetangeboten für schwule, lesbische, bisexuelle sowie transsexuelle und transgender Jugendliche?

Kleine Anfrage Nr. 16/13573 vom 17.07.2009 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/13573](#)

Wie geht's weiter mit eGovernment@School?

Kleine Anfrage Nr. 16/13574 vom 17.07.2009 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/13574](#)

Welche Konsequenzen zieht der Senat aus dem Anstieg der Syphilis-Neudiagnosen in Berlin?

Kleine Anfrage Nr. 16/13306 vom 21.04.2009 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/13306](#)

Wie arbeitet die Antidiskriminierungsstelle?

Kleine Anfrage Nr. 16/12483 vom 25.08.2008 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/12483](#)

Unregelmäßigkeiten bei IT-Ausschreibung im Schulbereich?

Kleine Anfrage Nr. 16/12431 vom 14.08.2008 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/12431](#)

Das verflixte siebte Jahr? Eingetragene Lebenspartnerschaften in Berlin

Kleine Anfrage Nr. 16/12278 vom 17.06.2008 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/12278](#)

Ist Berlins IT-Landschaft für die Dienstleistungsrichtlinie gewappnet?

Kleine Anfrage Nr. 16/12224 vom 04.06.2008 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/12224](#)

Wie wird das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in der Berliner Verwaltung umgesetzt?

Kleine Anfrage Nr. 16/12002 vom 08.04.2008 Thomas Birk (Grüne), Bilkay Öney (Grüne) [Drucksache 16/12002](#)

Warum wird der Zugang zur Ausbildung in der allgemeinen Verwaltung bürokratisch so erschwert?

Kleine Anfrage Nr. 16/11936 vom 25.03.2008 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/11936](#)

Wie wird das Einvernehmen der Bezirke zu Regionalisierungen von Aufgaben verfassungsrechtlich sauber hergestellt?

Kleine Anfrage Nr. 16/11935 vom 25.03.2008 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/11935](#)

Erhalt der ärztlichen HIV-Versorgungsstrukturen in Berlin

Kleine Anfrage Nr. 16/11713 vom 05.02.2008 Heidi Kosche (Grüne), Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/11713](#)

Gewalt gegen Lesben und Schwule

Kleine Anfrage Nr. 16/11299 vom 09.10.2007 Thomas Birk (Grüne), Anja Kofbinger (Grüne) [Drucksache 16/11299](#)

Aktuelle Übersicht vorhandener Software-Lizenzverträge in der Berliner Verwaltung?

Kleine Anfrage Nr. 16/10693 vom 25.04.2007 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10693](#)

Open Source (VIII):

Wie hoch ist der Open-Source-Anteil in der Berliner Verwaltung?

Kleine Anfrage Nr. 16/10694 vom 25.04.2007 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10694](#)

Open Source (VII):

Warum nicht testweise schnuppern?

Kleine Anfrage Nr. 16/10631 vom 05.04.2007 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10631](#)

Open Source (VI):

Welche Erkenntnisse nutzt der Senat von der EU?

Kleine Anfrage Nr. 16/10630 vom 05.04.2007 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10630](#)

Open Source (V):

Welche Erkenntnisse nutzt der Senat von anderen Kommunen und Brandenburg?

Kleine Anfrage Nr. 16/10629 vom 05.04.2007 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10629](#)

Open Source (IV):

Wie lange laufen die Softwarelizenzen in den Bezirken?

Kleine Anfrage Nr. 16/10628 vom 05.04.2007 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10628](#)

Open Source (III):

Wie lange laufen die Softwarelizenzen in nachgeordneten Behörden?

Kleine Anfrage Nr. 16/10627 vom 05.04.2007 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10627](#)

Open Source (II):

Wie lange laufen die Softwarelizenzen in der Hauptverwaltung?

Kleine Anfrage Nr. 16/10626 vom 05.04.2007 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10626](#)

Open Source (I):

Wurden Open-Source-Alternativprogramme geprüft?

Kleine Anfrage Nr. 16/10625 vom 05.04.2007 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10625](#)

Homosexualität in der Schule immer noch kein Thema?

Kleine Anfrage Nr. 16/10644 vom 16.04.2007 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10644](#)

Homosexualität im Religionsunterricht

Kleine Anfrage Nr. 16/10643 vom 16.04.2007 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10643](#)

Vielfalt in Grundschulbüchern

Kleine Anfrage Nr. 16/10642 vom 16.04.2007 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10642](#)

Wie geht es weiter mit dem Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen? (II)

Kleine Anfrage Nr. 16/10607 vom 03.04.2007 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10607](#)

Wie geht es weiter mit dem Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen?

Kleine Anfrage Nr. 16/10167 vom 20.12.2006 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10167](#)

Kein Anschluss Berlins unter der zentralen Einwahlnummer "115"?

Kleine Anfrage Nr. 16/10525 vom 14.03.2007 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10525](#)

Welche Auswirkungen hat die Verbreitung von HIV und Aids in Osteuropa auf Berlin?

Kleine Anfrage Nr. 16/10142 vom 14.12.2006 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10142](#)

Mittel für Peer Education nicht ausgeschöpft?

Kleine Anfrage Nr. 16/10102 vom 04.12.2006 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10102](#)

Wann kommt endlich das integrierte Fach- und Finanzcontrolling in die Bezirke?

Kleine Anfrage Nr. 16/10101 vom 04.12.2006 Thomas Birk (Grüne) [Drucksache 16/10101](#)